

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/52

16. März 1977

Weiter Weg zu normalen Beziehungen

Aber eine Alternative zur Politik der Verträge gibt es nicht

Von Egon Höhmann MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Das Mandat verlangt den ganzen Menschen

Ein Landrat kann nicht zugleich im Bundestag sitzen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 40 Zeilen

Bei der Panzerfrage geht es um Standardisierung

Koppelungsgeschäft Panzer gegen AWACS ohne positiven
Widerhall

Von Bertram Blank MdB
Stellv. Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haus-
haltungsausschuß

Seite 4 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 00 28/39
Telefax: 05 88 845-48 ppbr d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 3766 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Weiter Weg zu normalen Beziehungen

Aber eine Alternative zur Politik der Verträge gibt es nicht

Von Egon Höhmann MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR können noch lange nicht als normal und gutnachbarlich charakterisiert werden. Es ist noch ein weiter Weg zu dem Ziel, auf das sich die beiden deutschen Staaten verpflichtet haben, als sie 1972 den Grundlagenvertrag unterzeichneten. Die jüngsten Maßnahmen der DDR-Führung gegen den Reiseverkehr zwischen beiden Staaten haben erneut deutlich gemacht, wie schwierig und langwierig dieser Weg ist.

Eine nüchterne Bewertung dieser Vorgänge stützt die Einschätzung, daß die DDR-Führung gegenwärtig kein Mehr an Kommunikation zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten zuläßt, das heißt aber auch, daß sie kein größeres Maß an Kommunikation mit den Staaten des Westens überhaupt will. Die intensive Kommunikation, Begegnungen und Gespräche zwischen den Menschen über die Grenzen hinweg, kann - so sieht es offenbar die DDR-Führung - nicht ohne Rückwirkung auf die Stabilität des kommunistischen Systems bleiben.

Wer diese Zusammenhänge nicht in Betracht zieht oder nicht ziehen will, kann keine realistische Deutschlandpolitik betreiben. Auch die Vergangenheit hat gezeigt, daß sich das Bestreben der SED-Ideologen nach Abgrenzung auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auswirkt. Dennoch konnten die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in den zurückliegenden Jahren gerade im Interesse der Menschen spürbar verbessert werden. Die acht Millionen Reisen von Westdeutschen und Westberlinern in die DDR bzw. nach Ost-Berlin im vergangenen Jahr sind dafür ebenso beispielhaft wie die zehn Millionen Telefongespräche, die 1976 allein von West nach Ost geführt worden sind.

Wer unter Hinweis auf die seit Jahrzehnten praktizierten Abgrenzungsmaßnahmen der SED-Politiker gegenüber der Bundesrepublik Deutschland sich dem

ständigen Bemühen um mehr Kommunikation zwischen den Menschen entzieht, der erreicht nicht nur für die Menschen nichts, der schadet auch dem eigenen nationalen Interesse.

Wer mehr Kommunikation zwischen den Menschen und mehr Erleichterungen für die Menschen will, der muß die Politik der staatlichen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR weiterverfolgen, auch wenn es dabei immer wieder zu Schwierigkeiten kommt. Eine Alternative dazu ist nicht erkennbar.

Eine Alternative bieten schon gar nicht jene Politiker der CDU und der DSU, die fortwährend und pauschal nach Gegenmaßnahmen als Antwort gegenüber der DDR rufen, meist ohne solche Möglichkeiten konkret aufzuzeigen.

Eine öffentlich geführte Erörterung über die Reaktion der Bundesregierung gegenüber der Regierung der DDR wird der komplizierten Materie der deutsch-deutschen Beziehungen nicht gerecht. Es ist im Gegenteil bewährte Praxis, Gesprächsthemen und Verhandlungsstrategien in der Regel nicht öffentlich zu diskutieren. Wir sollten schließlich nicht vergessen, daß es in der DDR keine freie öffentliche Meinung gibt, die die Regierenden dort zu Korrekturen veranlassen kann, und daß deshalb alle Maßnahmen und Gegenmaßnahmen, alle Verhandlungen und Überlegungen von unserer Seite nicht nur das Wohl und Wehe unserer Menschen, sondern auch der Menschen drüben berücksichtigen müssen, die gerade unter der Teilung Deutschlands und den Abgrenzungsmaßnahmen der eigenen Regierung leiden.

Eine Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Gegenmaßnahmen, wie sie jetzt mancher Politiker von CDU und DSU erneut verlangt, allerdings ohne konkrete Aussagen zu machen, wird in ihrer objektiven Wirkung insofern jenen in die Hand arbeiten, denen die Kommunikation über die Grenzen hinweg ohnehin ein Dorn im Auge ist. Die sich daraus ergebende Eskalation von "Maßnahmen" und "Gegenmaßnahmen" dient dann letztlich nur den Gegnern der Entspannung.

Wer - wie die Bundesrepublik Deutschland - weiter nach Wegen sucht zu einem Mehr an Normalität, zu einem Mehr an Kommunikation und zu einem Mehr an Erleichterungen für die Menschen, der muß seine politischen Schritte daran ausrichten, daß sein Bemühen um diese Ziele nicht zusätzlich erschwert wird.

Diese Gedanken und Überlegungen schließen andererseits keinesfalls die Frage aus, wie die Bundesregierung angemessen auf die Maßnahmen der DDR-Führung reagiert.

Einer angemessenen Diskussion der gesamten deutschlandpolitischen Probleme dient es allerdings nicht, wenn im offiziellen Pressedienst der CDU der Abgeordnete Abelein die Bundesregierung als "notorisch untätig und reaktionslos" bezeichnet. Bemerkungen dieser Art machen lediglich deutlich, wie weit der Weg der CDU zu sachlichen Beiträgen für die deutschlandpolitische Diskussion bei uns noch ist.
(-/16.3.1977/ka/lo)

+ + +

Das Mandat verlangt den ganzen Menschen

Ein Landrat kann nicht zugleich im Bundestag sitzen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Auf Platz 509 des Deutschen Bundestages sitzt ein Landrat: Dr. Norbert Nothelfer, am 3. Oktober 1976 in den 8. Deutschen Bundestag gewählt. Er ist zugleich Landrat des Kreises Waldshut. Nach der Reform des Diätengesetzes ist es jedoch nicht mehr möglich, gleichzeitig MdB und Beamter oder öffentlicher Bediensteter zu sein. Dr. Nothelfer aber will dies nicht akzeptieren. Die Klage, die er dem Bundesverfassungsgericht eingebracht hat, hat in der Öffentlichkeit besonderes Interesse erregt. Es ist daher notwendig und nützlich, der Sache hier noch einmal nachzugehen.

Ein Landrat ist ein kommunaler Wahlbeamter, und wer die Arbeit und die Aufgaben eines Landrates kennt, weiß, daß sie ohnehin die Arbeitskraft des ganzen Menschen erfordert. In vielen Ländern gab es bereits Regelungen, nach denen Wahlbeamte nicht gleichzeitig Abgeordnete sein konnten.

Wenn das Bundesverfassungsgericht in seinem Diätenurteil vom November 1975 erklärt hat, das Mandat sei heute zur Hauptbeschäftigung geworden und verlange den ganzen Menschen, so war es daher nur folgerichtig, den Grundsatz der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auch auf die Wahlbeamten auf Zeit auszudehnen. Schließlich haben die Wähler des Bundestagsabgeordneten oder diejenigen, die einen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit bestellen, Anspruch darauf, daß er sich mit seiner ganzen Kraft diesem Amt widmet.

Der Landrat und Bundestagsabgeordnete Nothelfer mußte sich daher bei Inkrafttreten des Abgeordnetengesetzes am 1. April 1977 zwischen seinem Bundestagsmandat und seinem kommunalen Wahlamt entscheiden.

Gegen diese Regelung bestehen auch keine Bedenken vom allgemeinen Gleichheitssatz her, auch wenn für die erstmals in die Inkompatibilität einbezogenen Professoren eine besondere Übergangszeit vorgesehen ist. Denn diese unterschiedliche Behandlung kann sich auf eine Reihe von sachlichen Gründen stützen. So unterliegen Wahlbeamte auf Zeit schon nach bisherigem Recht weithin Inkompatibilitätsregelungen der Länder. Ferner können Professoren leichter neben dem Mandat zumindest noch einen Teil ihrer Aufgaben aus dem Amt weiter erfüllen. Die Übergangsregelung für Professoren lag auch nahe, weil bei ihnen mehr personenbezogene Abhängigkeitsverhältnisse (Doktoranden / Habilitanden) zu berücksichtigen waren. Bei den Wahlbeamten auf Zeit liegt es demgegenüber sogar im Interesse der einen wie der anderen Wählerschaft, wenn die Entscheidung zwischen kommunalem Wahlamt und Bundestagsmandat nicht weiter hinausgeschoben wird, sondern das Abgeordnetengesetz dafür sorgt, daß beide Wahlämter von Personen wahrgenommen werden, die sich ihrem Amt voll widmen können.

Diesen Überlegungen sollte sich auch Dr. Nothelfer nicht verschließen.
(-/16.3.1977/bgy/ja)

+ + +

Bei der Panzerfrage geht es um Standardisierung

Koppelungsgeschäft Panzer gegen AWACS ohne positiven Widerhall

Von Bertram Blank MdB

Stellv. Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß

Wenn Bundesminister Georg Leber in dieser Woche mit dem frischgebackenen US-Verteidigungsminister der Carter-Administration, Harold Brown, u.a. über Rüstungsfragen spricht, so wird man mit Sicherheit auch die Themen Panzerwettbewerb und AWACS berühren. In der Öffentlichkeit, aber auch von Abgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion hört man die Auffassung, diese Themen ständen in einem engen Sachzusammenhang. Kurzgefaßt: Nimmst Du den Leo II, nehme ich die AWACS. In Wirklichkeit gibt es diese Koppelung nicht. Sie kann es auch gar nicht geben. Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Illusion, zu glauben, die US-Streitkräfte wären bereit, bei einem günstigen Abschneiden des deutschen Kampfpanzers Leopard II in Konkurrenz zu der amerikanischen Entwicklung XM-1 die ca. 3 000 demnächst benötigten Panzer in der Bundesrepublik Deutschland zu kaufen. Wer das glaubt, weiß offenbar nicht, daß die US-Administration mit viel umfassenderen und komplizierteren Arbeitslosigkeitsproblemen ringt als die deutsche Bundesregierung. Verteidigungspolitisch würde ein solches Geschäft auch keinen Vorteil bedeuten. Hierfür wäre ausreichend aber auch notwendig, die Nato-Panzer der 80er Jahre mit wirksamen Kanonen des gleichen Kalibers 120 mm, gleichen Ziel- und Kommunikationseinrichtungen und standardisierten Verschleißteilen, Ketten und Motoren auszurüsten. Bei der Panzerfrage geht es also um Standardisierung und nicht um Waffengeschäfte über den Atlantik.

Darum handelt es sich aber eindeutig im Fall AWACS. Hier will die USA ihren europäischen Verbündeten ein Waffensystem der Firma Boeing verkaufen, von dem die europäischen Partner nur eins mit Sicherheit wissen: Daß es sehr kostspielig ist und ständig teurer wird. Ob es das an Vorteilen bringt, was Nato-Militäre in Zeitungsbeiträgen fast schon hymnisch preisen, ist nach allem, was den Haushalts- und Verteidigungspolitikern der SPD-Bundestagsfraktion bislang bekannt ist, mehr als fraglich. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand handelt es sich um ein fliegendes Frühwarn- und Führungssystem, das auch von Fachleuten skeptisch beurteilt wird und dessen Kosten in einem übersehbaren Zeitraum nicht aufzubringen sind.

Daraus folgt, daß selbst dann, wenn bei den Gesprächen der Verteidigungsminister in Washington das Koppelungsgeschäft Panzer gegen AWACS hergestellt werden könnte, dies jedenfalls in Bonn keinen positiven Widerhall finden würde.

(-/16.3.1977/kr/la)

+ + +